Gelsenkirchen

Der Oberbürgermeister

Antrag			
X	öffentlich		nichtöffentlich
Drucksache Nr.			
14-20/7122			

Antragsteller/in
CDU-Ratsfraktion

Antragsdatum
26.03.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermine	Top	Zuständigkeiten
Rat der Stadt	**28.03.2019**		4

1 = Anhörung
2 = mitbeteiligt bei der Vorberatung
3 = federführende Vorberatung
4 = Entscheidung

Betreff

Resolution zur auskömmlichen und verlässlichen Finanzierung der Flüchtlingskosten

Inhalt des Antrags

Die CDU-Fraktion beantragt, auf dem Wege der Dringlichkeit den Tagesordnungspunkt

Resolution zur auskömmlichen und verlässlichen Finanzierung der Flüchtlingskosten

aufzunehmen, wie vorgeschlagen zu beschließen und dem Bundesminister für Finanzen, Olaf Scholz (SPD), zu übermitteln.

Beschlusstext:
„Die aktuellen Pläne aus dem Bundesfinanzministerium, den Bundeszuschuss zu den Flüchtlingskosten massiv zu reduzieren, nimmt der Rat der Stadt Gelsenkirchen mit großer Besorgnis und Unverständnis zur Kenntnis.

Die Unterstützung der Länder und Kommunen von derzeit 4,7 Milliarden Euro könnte auf rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr sinken. Die internen Überlegungen im Bundesfinanzministerium, wie zum Beispiel die 670-Euro-Pauschale für Ausländer im Asylverfahren, die Integrationspauschale und die Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge Ende 2019 auslaufen zu lassen und stattdessen pro Flüchtling eine Pauschale in Höhe von 16.000 Euro für die Gesamtdauer von fünf Jahren nach der Ankunft zu zahlen, ist mit den Zielen einer zügigen Integration in die Stadtgesellschaft, einer menschenwürdigen und dezentralen Unterbringung nur sehr schwer oder gar nicht zu vereinbaren.

Wir in Gelsenkirchen benötigen eine weiterhin verlässliche und auskömmliche finanzielle Unterstützung zur weiteren konsequenten und nachhaltigen Umsetzung integrierender und intervenierender Maßnahmen. Integration ist eine ressortübergreifende Daueraufgabe. Spracherwerb, Integration auf dem Arbeitsmarkt, die Stärkung von Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolgen, Gesundheit und ein gelingendes Zusammenleben im Quartier brauchen eine zuverlässige Finanzierung. Die aktuellen Planungen zur Kürzung der Flüchtlingspauschale sind indiskutabel und schaden allen bislang unternommenen Anstrengungen.

Als sogenannte Stärkungspaktkommune hat Gelsenkirchen keine realen, finanziellen Möglichkeiten und Spielräume, eine tragfähige und auskömmliche Flüchtlingsfinanzierung aus eigenen Mitteln zu gewährleisten.

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen fordert daher, und appelliert an den Bundesminister für Finanzen, Olaf Scholz (SPD), die aktuellen Überlegungen und Pläne im Finanzministerium des Bundes, weniger Geld für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen bereitzustellen, aufzugeben und stattdessen die Länder und Kommunen bei der Daueraufgabe Integration angemessen und beständig zu unterstützen.“